Startseite > Lokales > Kreis Herzogtum Lauenburg > Reinbek: AfD-Politiker Stienen verurteilt - 5000 Euro Straf

Kreis Herzogtum Lauenburg

AfD-Politiker Holger Stienen: 5000 Euro Strafe wegen Volksverhetzung und Beleidigung

Von Gesche Peters | 22.10.2025, 17:55 Uhr





Holger Stienen stand in Reinbek wegen Volksverhetzung und Beleidigung vor Gericht. FOTO: GESCHE PETERS

AfD-Politiker Holger Stienen aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg musste sich wegen umstrittener Facebook-Posts vor dem Amtsgericht Reinbek verantworten. Der Vorwurf: Volksverhetzung und Beleidigung. Nachdem er die Rassismusvorwürfe zunächst von sich gewiesen hatte, endete das Verfahren überraschend. Holger Stienen, Abgeordneter des Kreistags des Kreises Herzogtum Lauenburg, muss 5000 Euro Strafe zahlen. Der AfD-Politiker musste sich am Mittwoch, 22. Oktober, vor dem Amtsgericht Reinbek wegen Volksverhetzung und Beleidigung verantworten.



Das Amtsgericht Reinbek. FOTO: GESCHE PETERS

Beleidigende Facebook-Posts

Hintergrund des Verfahrens waren fünf Beiträge, die er auf Facebook in der Zeit zwischen Januar 2023 bis Dezember 2023 auf seinem Kanal geschrieben hatte. Inzwischen ist der Kanal nicht mehr öffentlich einsehbar. Die Staatsanwältin verlas die drei Beiträge, in denen Politiker wie Olaf Scholz, Robert Habeck und Annalena Baerbock beleidigt wurden. Außerdem zwei Beiträge, in denen er Geflüchtete aus Afghanistan und der Ukraine beschimpft und sich verächtlich über sie geäußert hat.

In einem Beitrag soll er Annalena Baerbock mit Adolf Hitler verglichen haben, in einem anderen das Gebäudeenergiegesetz und Robert Habeck mit der NS-Zeit verglichen. Eine Gruppe afghanischer Geflüchteter habe er als "islamistischer Sprengstoff" betitelt. Zudem habe er Geflüchtete aus der Ukraine als "Heuschrecken" bezeichnet.

Stienen gesteht Schuld

Zu Beginn der Verhandlung verlas der 71-Jährige eine Erklärung, in der er sich von Rassismus distanzierte. Darin erklärte der in Reinbek geborene Politiker, er sei seit 20 Jahren im Buddhismus beheimatet. Er habe ein Buch über Buddhismus geschrieben und sei dem Dalai Lama bereits mehrfach begegnet. Er sagte, nichts läge ihm ferner als Rassismus, und erklärte in diesem Zusammenhang, seine erste Frau sei Chilenin, seine zweite Frau Türkin und Muslima. Außerdem erklärte er, dass er "guten Kontakt" zu muslimischen Menschen habe.

Im Anschluss folgte eine längere, nicht-öffentliche Besprechung zwischen Richter, Staatsanwaltschaft und Verteidigung. Nach der Rückkehr in den Saal erklärte Stienen überraschend, dass die ihm gemachten Vorwürfe zustimmen würden.

"Es tut mir leid", sagte der Wentorfer. Er erklärte, dass er sie zu einer Zeit geschrieben habe, als die Stimmung hochgekocht sei. Er habe jedoch erkannt, dass er mit seinen Äußerungen "weit übers Ziel hinausgeschossen" habe. Es sei nie seine Absicht gewesen, Politiker zu beleidigen. Außerdem habe er weder Afghanen noch Ukrainer beleidigen wollen. Jeglicher Vorwurf

von Rassismus, Antisemitismus oder Islamfeindlichkeit läge ihm fern. Das Verfahren wurde daraufhin vorläufig eingestellt.

AfD-Politiker muss 5000 Euro Strafe zahlen

Die Staatsanwältin erklärte, dass es sich bei den Beiträgen nicht um Bagatellstraftaten handele und die Taten außerdem über einen langen Zeitraum stattgefunden haben. "Es besteht erhebliches öffentliches Interesse an dem Fall." Dass die Staatsanwaltschaft trotzdem einer Verfahrenseinstellung zugestimmt hat, liege an der besonderen Situation: Holger Stienen ist nicht vorbestraft, außerdem habe er die Tat eingeräumt und sich entschuldigt. Dazu komme die empfindliche Geldstrafe, die der Rentner nun zahlen müsse.

Stienen muss 5000 Euro zahlen. Das Geld geht an die Südstormarner Vereinigung für Sozialarbeit. Der Richter begründete die Wahl damit, dass sie sich in vielen Projekten für Menschen mit Migrationshintergrund oder Fluchthintergrund einsetzen würden.

Die Facebook-Beiträge Stienens hatten dazu geführt, dass drei der sechs Mitglieder im Kreis Herzogtum Lauenburg aus der AfD-Fraktion ausgetreten sind.